

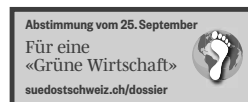
# Innovationsschub – oder Duschverbot?

Die Initiative «Grüne Wirtschaft» will den Verbrauch von natürlichen Ressourcen auf «eine Erde» reduzieren. Die acht wichtigsten Fragen und Antworten dazu zur Abstimmung vom 25. September.

von Antonio Fumagalli

**1 Worüber stimmen wir am 25. September ab?** Wasser, Luft, Boden oder Rohstoffe – sie alle sind natürliche Ressourcen. Aktuell verbrauchen die Menschen zu viel davon. Die Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft» – besser bekannt als «Grüne Wirtschaft» – verlangt, dass die Schweiz die natürlichen Ressourcen massiv effizienter als heute nutzt. Damit sollen die Lebensgrundlagen für die nachkommenden Generationen erhalten bleiben.

**2 Wie soll das konkret gehen?** Die Schweizer Bevölkerung verbraucht derzeit so viele natürliche Ressourcen, dass drei Erden nötig wären, wenn sich die gesamte Weltbevölkerung so verhalten würde. Die Initianten der «Grünen Wirtschaft» verlangen entsprechend, dass dieser «ökologische Fussabdruck» der Schweiz bis 2050 auf eine Erde redu-



ziert und damit nachhaltig wird. Die Wegwerf- soll zu einer Kreislaufwirtschaft werden, die auf langlebige Produkte setzt und Rohstoffe wiederverwendet. Damit würden Klimawandel, Überfischung und Abholzung bekämpft. Gemäss Initianten sollen freiwillige Massnahmen der Wirtschaft den Vorrang vor politischen Massnahmen haben. Der Bund müsste Zwischenziele festlegen – werden diese nicht erreicht, erlässt er Vorschriften für Produktionsprozesse oder schafft steuerliche Anreize für eine ressourceneffiziente Wirtschaft.

**3 Wer ist für, wer gegen die Vorlage?** Der Lead hat die Grüne Partei, sie hat die Initiative im Herbst 2012 eingereicht. Auch SP, GLP, EVP, Unia, WWF, VCS und weitere Organisationen sind mit von der Partie.



Lange Wartezeit: Im September 2012 reichte die Grüne Partei die Initiative ein, der Bund benötigte danach vier Jahre, um sie dem Volk vorlegen zu können. Bild Lukas Lehmann/Keystone

SVP, CVP, FDP sowie Economiesuisse, Gewerbeverband, Hauseigentümerversband und weitere bürgerliche Interessenvertreter sind dagegen. Der Bundesrat und eine Mehrheit des Parlaments empfehlen ebenfalls ein Nein.

**4 Ist der «ökologische Fussabdruck» eine anerkannte Grösse?** Der Begriff wurde in den Neunzigerjahren von zwei Wissenschaftlern geprägt und hat sich in der Umweltpolitik dank seiner Einfachheit schnell als Standard durchgesetzt.

Er bemisst gemäss der Non-Profit-Organisation «Global Footprint Network» die «Land- und Wasserfläche, die zur Erneuerung von Ressourcen unter Berücksichtigung aktueller Technologien benötigt wird, um den gegenwärtigen Konsum einer bestimmten Bevölkerung zu befriedigen». In jüngster Zeit kam aber von wissenschaftlicher Seite Kritik am Konzept auf, weil es unter anderem dem Artenschwund zu wenig, dem Ausstoss von Kohlendioxid hingegen zu viel Gewicht gebe.

**5 Ist das Ziel von «einer Erde» bis 2050 überhaupt erreichbar?** Das kommt auf den Standpunkt an. Die Initianten sehen im Richtwert einen «pragmatischen und subsidiären Lösungsansatz», der im Einklang mit Zielen der EU und anderen Ländern stehe und gemäss wissenschaftlichen Erkenntnissen realistisch sei. Für die Gegner hingegen ist die Zielsetzung zu radikal. Der Bundesrat teilt das Anliegen der Initiative grundsätzlich, sie verlange aber «zu viel in zu kurzer Zeit». Das

Nein-Komitee warnt davor, dass die Bürger ihren gewohnten Lebensstil drastisch ändern und etwa auf Fleisch verzichten, ihre Mobilität einschränken oder gar aufs Duschen mit warmem Wasser verzichten müssten.

**6 Welche Auswirkungen hätte ein Ja auf die Wirtschaft?** Auch dazu scheiden sich naturgemäss die Geister. Für die Grünen würde der Werkplatz Schweiz gestärkt, weil technische Innovationen Arbeitsplätze schaffen und die Abhängigkeit vom Ausland verringern würden. Die Gegner ihrerseits befürchten eine Regulierungsflut, die Wettbewerb und Innovation behindern. Welche langfristigen finanziellen Auswirkungen ein Ja zur «Grünen Wirtschaft» hätte, ist entsprechend kaum abzuschätzen. Interessant ist die Position von Economiesuisse: Ein ehemaliges Geschäftsleitungsmitglied äusserte 2011 noch Sympathien für die Initiative, mittlerweile kämpft der Wirtschaftsdachverband an vorderster Front dagegen.

**7 Warum gibt es keinen Gegenvorschlag?** Der Bundesrat hatte einen indirekten Gegenvorschlag zur Initiative über eine Revision des Umweltschutzgesetzes gezeichnet. Dieser kam zwar moderater daher, hätte aber ebenfalls auf eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs abgezielt. Nach langem Hin und Her versenkten die Räte diesen jedoch, sie befürchteten negative Auswirkungen auf die Wirtschaft. Zudem ginge die Schweiz bereits heute vorbildlich mit den Ressourcen um, so eine Parlamentsmehrheit.

**8 Wie gut sind die Chancen der Initiative?** Eine gewichtete Abstimmungserhebung von Tamedia ergab vor einer knappen Woche eine relative Mehrheit von 49 Prozent der Teilnehmenden, welche die Initiative annehmen will – gegenüber 33 Prozent im Nein-Lager. Die Erfahrung früherer Abstimmungen zeigt aber, dass der Ja-Anteil mit fortschreitender Meinungsbildung in der Regel deutlich abnimmt.

## Soll unsere Wirtschaft grüner werden?

### PRO

**Bastian Girod**  
Zürcher Nationalrat der Grünen



«Das gleiche Ziel haben sich auch grosse Firmen gesetzt.»

In Umweltfragen wurde die Schweiz von der Musterschülerin zum Sorgenkind. Abfallberge aus Lebensmitteln und aus wiederverwertbaren Materialien. Import von Holzprodukten aus Regenwald-Rodung. Zunehmende Klimaerwärmung. Die Schweiz war in den Achtzigerjahren mit dem

Gewässerschutz und der Luftreinhaltung eine Musterschülerin.

Heute ist sie bezüglich der Förderung umweltfreundlicher Technologien ein Sorgenkind. Deshalb wurde die Initiative für eine Grüne Wirtschaft lanciert. Das Anliegen, die Förderung einer Kreislaufwirtschaft, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Der Bundesrat wollte das Anliegen in einem Gegenvorschlag aufnehmen. Dieser wurde von allen Kantonen und der betroffenen Wirtschaft (z. B. Holzwirtschaft, Migros, Coop) unterstützt. Doch mit einem aggressiven Lobbying schoss Economiesuisse den Gegenvorschlag ab.

Die Angstkampagne der Gegner ist haltlos. Diese schürt Ängste, auch wenn diese weder Hand noch Fuss haben. Man behauptet, die Initiative

führe zu Verzicht oder schade der Wirtschaft, was absurd ist. Die Studie, auf welche sich die Gegner berufen, verwendet nicht den im Initiativtext geforderten Fussabdruck, sondern eine viel strengere Methode. Eine solche Irreführung ist unschweizerisch. Oder hat das Parlament je eine angenommene (Umwelt-)Initiative strenger ausgelegt, als es Initiativtext und Initianten forderten?

Die Initiative ist sehr offen formuliert. Man legt allein für 2050 ein Ziel fest, und es ist an Bundesrat und Parlament, geeignete Massnahmen zu erarbeiten. Das Ziel «Fussabdruck eine Erde» stammt vom Masterplan Cleantech des Bundesrates. Das Ziel für 2050 haben sich auch Firmen wie Nestlé, Syngenta und Ikea gesetzt. Nun kann das Volk korrigieren.

### CONTRA

**Martin Candinas**  
Bündner CVP-Nationalrat



«Berg- und Tourismusregionen wären die Verlierer.»

Die Volksinitiative «Grüne Wirtschaft» würde Bund, Kantone und Gemeinden verpflichten, Massnahmen zu ergreifen, um den Ressourcenverbrauch bis im Jahr 2050 um 65 Prozent zu reduzieren. Die Konsequenzen dieser Initiative wären weitreichend und würden einen radi-

kalen Strukturwandel erzwingen. Im Vordergrund stehen die Lebensbereiche Ernährung, Wohnen und Mobilität.

Was bedeutet diese Initiative für uns? Der Konsum von Fleisch oder von importierten Nahrungsmitteln müsste teurer werden. Der Umgang mit Rohstoffen müsste sich massiv ändern. Der Wohnraum müsste verringert und ebenfalls verteuert werden. Der Gebrauch von fossilen Brennstoffen wie Erdöl und Erdgas müsste noch einmal dramatisch reduziert werden.

Eine teurere Mobilität hätte für die Wirtschaft, vor allem auch für die Berg- und Tourismusregionen negative Auswirkungen. Dazu kommt, dass diese Initiative ausblendet, dass über 60 Prozent der durch den Schweizer Konsum verursachten Umweltbelastung im Ausland anfällt. Das

begrenzt die Handlungsmöglichkeiten in der Schweiz zusätzlich, die im Inland möglichen Massnahmen müssten noch radikaler ausfallen.

Die Schweiz ist mit der Frankenstärke schon in einer wirtschaftlich kritischen Situation. Wir müssen uns dagegen wehren, dass unser Industriestandort Schweiz weiter geschwächt wird.

Schweizer Unternehmen sind weltweit führend, wenn es darum geht, Wachstum und Nachhaltigkeit zu vereinen. Auch ist die Schweiz im Recycling eine Musterschülerin. Die Schweiz braucht eine ökologische und nachhaltige Wirtschaftspolitik, aber kein grünes Arbeitsplatz-Abbauprogramm. Mit der Energiestrategie 2050 sind wir auf dem richtigen Weg. Die Politik soll regeln und steuern, aber sie darf nicht bevormunden. Das